

**ANTRAG 20**  
**der ÖAAB-FCG-BAK-Fraktion an die 168. Hauptversammlung**  
**der Bundesarbeitskammer am 28. November 2019**  
**in Kärnten**

**Beibehaltung der Pendlerpauschale und  
Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs**

Betrachtet man die Situation der Pendler in Österreich steht eines fest: Pendeln ist kein Selbstzweck, sondern stellt die Lebensrealität tausender ArbeitnehmerInnen dar. Die steigende Zahl der pendelnden Berufstätigen zeigt klar, dass ArbeitnehmerInnen sich mit immer höheren Mobilitätsanforderungen konfrontiert sehen. Wird in diesem Zusammenhang aber vom „Speckgürtel“ oder der „grünen Peripherie“ gesprochen, so hat es den Anschein, als handle es sich bei deren Bewohnern ausschließlich um zugezogene Wahlpendler. Doch gerade das Gegenteil ist der Fall.

Deckt sich das räumliche Arbeitsmarktangebot sowie das Angebot an Ausbildungsplätzen nicht mit der regionalen Bevölkerungsdichte, steigt die Notwendigkeit des Pendelns. Bietet demgegenüber der öffentliche Personennahverkehr kein ausreichendes Angebot zur Beförderung, führt dies zu stärkerem Verkehrsaufkommen und belastet sowohl die Umwelt als auch die Betroffenen selbst.

Es werden jene Stimmen immer lauter, welche die Pendlerpauschale in der geltenden Form als sozial ungerecht und ökologisch bedenklich erachten. Unbestritten besteht diesbezüglich Aufbesserungsbedarf. Solange jedoch das öffentliche Verkehrsnetz, samt den notwendigen Nebeneinrichtungen, nicht in einem solche Ausmaß flächendeckend vorhanden ist, dass es die Lebensrealitäten der betroffenen ArbeitnehmerInnen gerade in ländlichen Regionen aufzufangen vermag, ist eine Abkehr von der Pendlerpauschale undenkbar! Dies würde lediglich ein noch größeres Loch in die Geldbeutel der Betroffenen reißen und zu noch drastischer sozialer Ungerechtigkeit führen, jedoch keinerlei ökologische Lenkungseffekte mit sich bringen. Die Pendlerpauschale darf aufgrund fehlender Reformbereitschaft nicht Opfer der Ökologisierung werden.

**Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert das Bundesministerium für Finanzen auf, die Pendlerförderung unter vollem Bekenntnis zum öffentlichen Personennahverkehr zu erhalten. Nur ein flächendeckender Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, der die PendlerInnen tatsächlich entlastet, kann auch positive ökologische Lenkungseffekte und letztlich entsprechend positive Auswirkungen auf die Umwelt haben.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig